

ANTRAG FDP-Gemeinderatsfraktion vom: 09.01.2007 eingegangen: 09.01.2007	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	33. Plenarsitzung des Gemeinderates 27.02.2007 943 9 öffentlich Dez. 3
Jugendgewalt in Karlsruhe		

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Die Stadtverwaltung erstellt eine „ungeschminkte“ Bestandsaufnahme über die Jugendgewalt in Karlsruhe, eine Übersicht über die vorhandenen Angebote zur Gewaltprävention und entwickelt weitere Maßnahmenvorschläge zur Beschlussfassung im Gemeinderat. Alle zwei Jahre wird künftig ein Bericht über die Jugendkriminalität zur Generalaussprache dem Gemeinderat vorgelegt. Die Angelegenheit soll zur Weiterberatung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen werden.

Finanzielle Auswirkungen nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:			
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

1. Die Stadtverwaltung erstellt eine ungeschminkte Bestandsaufnahme über Jugendgewalt in Karlsruhe

Bis Ende 2005 war die Jugendkriminalität und Jugendgewalt in Karlsruhe - verglichen mit anderen Städten – eher unauffällig. Allerdings hat es im gesamten Jahr 2006 ungewöhnlich brutale und erschreckende Gewalttaten durch Jugendliche gegeben. Die Gesamtsituation und vor allem die Veränderung der Kriminalitätsentwicklung wird in der Regel durch die Kriminalitätsstatistik der Polizei erfasst. Diese Statistik liegt allerdings derzeit noch nicht vor und ist vom Polizeipräsidium für März/April angekündigt. Die Stadtverwaltung wird nach dem Vorliegen der Statistik die Angelegenheit im Jugendhilfeausschuss behandeln. Damit auch dem Ansinnen der Antragsteller nach einer ungeschminkten Bestandsaufnahme Rechnung getragen wird, wird der Jugenddezernent die IHK, das Schulamt, den Sportbund, den StJA e.V., die Taxizentrale und den Hotel- und Gaststättenverband um eine Stellungnahme zu den Problemen bitten. Auch diese Stellungnahmen werden dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

2. Erarbeitung eines Konzeptes mit präventiven und repressiven Maßnahmen gegen die Jugendgewalt

Bereits im vergangenen Herbst haben die Dezernenten Herr König und Herr Denecken eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die ein Konzept gegen Jugendgewalt erarbeiten soll. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe mit Bestandsaufnahme der aktuellen Angebote gegen Jugendgewalt und mit Vorschlägen für weiterführende Maßnahmen werden ebenfalls dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

3. Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat im Abstand von zwei Jahren einen Bericht als Erfolgskontrolle vor.

Nach der Konzeptionsentwicklung müssen die neu vorgeschlagenen Maßnahmen finanziert, umgesetzt und nach einer Laufzeit von zwei Jahren evaluiert werden. Die Ergebnisse dieser Evaluation und die Entwicklung der Kriminalitätsstatistik werden dann in regelmäßigen Abständen dem Gemeinderat zur Generalaussprache vorgelegt.